Resolution der Bezirksfrauenkonferenz Baden-Württemberg am 07.07.2004 in Karlsruhe

---

Reformen in schlechter Frauenverfassung - IG Metall-Frauen fordern Chancengleichheit

Die Agenda 2010 bringt für die Frauen einen Paradigmenwechsel. Es wird wieder der Mann als Familienernährer aus der Mottenkiste geholt. Die IG Metall-Frauen aus Baden-Württemberg sagen dazu **Nein** - und fordern die Bundesregierung auf, endlich ihre Politik einseitig zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufzugeben.

Die IG Metall-Frauen fordern die Umsetzung der Chancengleichheit und die dazu erforderliche Frauenförderung, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu garantieren. Mit den „Hartz-Gesetzen“ wurden die Zugangsbedingungen für Frauen verschlechtert. Durch die Vorgabe „Gleichstellung“ im neuen SGB II werden Frauen erneut in die familiäre Abhängigkeit gedrängt. Die drastische Grenzwertsenkung bei der Anrechnung von Partnereinkommen führt bei den noch immer niedrigeren Fraueneinkommen zur verstärkten Abhängigkeit vom Ehemann/Partner. Frauen werden zur Familienarbeit gedrängt und haben deshalb keinen Anspruch auf Unterstützung der Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit.

Wir fordern eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen. Dazu gehört mindestens ein umfassendes Aus- und Weiterbildungsangebot sowie ein ausreichendes, flexibles und qualitatives Ganztagesangebot an Kinderbetreuung.

Wir fordern in der Steuerpolitik die Aufgabe des Ehegattensplittings, das sich in Deutschland noch immer an Eheverhältnissen mit Ernährern und Zuverdienerin/Hausfrau ausrichtet. Mit diesem Steuersystem werden, unabhängig von Erziehungs- und Pflegeaufgaben, steuerliche Vorteile geboten.

Die besondere Situation von Frauen mit ihren Patchworkbiografien macht sie auch zu Verliererinnen bei der Rentenreform. Frauen können überhaupt keine existenzsichernde Rente aufbauen. Auch nicht mit dem neuen 3-Säulen-Modell der gesetzlichen, privaten und betrieblichen Altersvorsorge, welches von einem Normalarbeitsverhältnis mit durchgehender Erwerbstätigkeit ausrichtet.

Besonders betroffen sind Frauen von der Forderung nach Arbeitszeitverlängerung. Diese schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern macht bestehende Arbeitsplätze unsicher oder vernichtet sie. Darüber hinaus widerspricht Arbeitszeitverlängerung allen Chancen der gleichberechtigten Teilhabe am Familienleben von Männern und Frauen. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen haben sich für Arbeitszeitverkürzung aus gesundheitlichen Gründen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und für eine bessere Balance von Beruf und Familie eingesetzt. Hieran müssen wir anknüpfen. Überholte Denkweisen vom konservativen Familienbild bis hin zur Arbeitszeitverlängerung mit dem Bild eines immer verfügbaren Mannes prägt heute die politisch Verantwortlichen in unserem Land.

Der Bezirksfrauenausschuss wird beauftragt „Gesundheitspolitik aus der Geschlechterperspektive“ zum Schwerpunktthema seiner Arbeit zu nehmen, dabei ist insbesondere der Arbeits- und Gesundheitsschutz für Frauen zu bearbeiten.

Wir Frauen fordern die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen durch ein größeres Angebot von sozialversicherungspflichtigen Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätzen. Diese Arbeitsplätze stabilisieren unsere Sozialkassen und sichern den Generationenvertrag. Mit einer alternativen Steuer- und Finanzpolitik können neue finanzielle Mittel aufgebracht werden, die für geschlechtergerechte Reformen in diesem Land benötigt werden.

Nur mit einer Geschlechterdemokratie kann die Zukunft in unserem Land gesichert werden.

Wir Frauen unterstützen das Arbeitnehmer/innen-Begehren, das zur herrschenden Politik des Sozialabbaus Alternativen aufzeigt. Die Bezirksfrauenkonferenz fordert den Vorstand der IG Metall, auf in Berlin die Übergabe des Begehrens in Form einer großen Demonstration und Kundgebung zu organisieren.